

Merz will Leistungen für abgelehnte Asylbewerber kürzen, CSU und FDP wollen Sachleistungen und Chipkarten statt Bargeld - Wie wäre es mit Wahrheit und Solidarität anstelle von Propaganda?

Es geht um rund 248.000 Menschen, deren Antrag auf politisches Asyl abgelehnt wurde. Sie können aber aus unterschiedlichen Gründen nicht abgeschoben werden. Vielen verwehren ihre Herkunftsländer die Einreise, andere sind krank, wieder andere haben Kinder oder Lebenspartner*innen mit Aufenthaltserlaubnis. Friedrich Merz, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag, will die Leistungen für sie kürzen. Weniger Geld und schlechtere Gesundheitsvorsorge sind sein Ziel. CSU und FDP unterstützen ihn darin. Sie schlagen vor, Geduldeten kein Bargeld mehr in die Hand zu geben. Sachleistungen und Chipkarten mit beschränkter Leistungsfähigkeit sollen an deren Stelle treten. [Auf tagesschau.de ist die Diskussion sehr gut dokumentiert.](#)

Wer Leistungen kürzen will, muss auch das Ausgangsniveau benennen. Friedrich Merz und sein Stellvertreter im Vorsitz Jens Spahn haben das getan: der Mindestlohn soll es sein. Angeblich lohnt es es nicht zu arbeiten, weil das Bürgergeld ab 1. Januar 2024 höher sei als der Mindestlohn. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung hat nachgerechnet und diese Behauptung widerlegt. [Wer zum Mindestlohn arbeitet, hat im Monat durchschnittlich € 532.- mehr in der Tasche als mit Bürgergeld.](#)

Verpassen dann aber vielleicht Geduldete das Bürgergeld und füttern sie damit ihre Familien im Herkunftsland durch? Selbst wenn Arme noch Ärmere finanziell unterstützen wollten, sie können es nicht. Geduldete bekommen Hilfe gemäß Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und nicht Bürgergeld gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) II. Diese Hilfe ist noch erheblich niedriger als das Bürgergeld. [Die Anwaltskanzlei Sven Adam hat nachgerechnet und die Vergleichszahlen veröffentlicht.](#)

Bleiben also die Sachleistungen. Sie verursachen als allererstes mehr Verwaltungsaufwand. Warenbezugscheine müssen mit Geschäften abgerechnet oder Chipkarten beschafft und aufgeladen werden. Auf jeden Fall wird der Aufbau paralleler Zahlungssysteme notwendig. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hält eine die Umstellung auf Sachleistungen für nicht zielführend. Sie sei schwer umzusetzen, erzeuge Bürokratie und werde den Personen mit Bleibeperspektive nicht gerecht, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts müsse ein Taschengeld ohnehin gezahlt werden. Auch Pro Asyl lehnt eine generelle Umwandlung von Geld- in Sachleistungen ab. Dies sei "eine alte Forderung, die zum Teil schon Praxis, aber weder fair noch sinnvoll ist", erklärte die Flüchtlingshilfsorganisation. Sachleistungen seien "diskriminierend, teuer und sinnlos". [Auf tagesschau.de ist eine detaillierte Analyse nachzulesen.](#)

Auf eine naheliegende Idee kommen Friedrich Merz und seine Unterstützer nicht: Man könnte geduldete Flüchtlinge auch einfach in die Gesellschaft integrieren. Die Schlüsselwörter hießen Ausbildung und Arbeit. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf funktioniert das schon sehr gut. Das gemeinsame Arbeitsmarktbüro von Landkreis, Universitätsstadt Marburg und KJC hat sichtbare Erfolge vorzuweisen. Auch bundesweit gibt es zukunftsweisende Ansätze. [Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat dem Thema im Juli 2023 einen eigenen Kurzbericht gewidmet.](#) Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Aus Geduldeten sind Arbeitnehmer*innen geworden, die für sich selbst sorgen können und unser Sozialsystem am Laufen halten. So ist uns allen geholfen.

Dieses Rezept hat einen Namen: Solidarität. Zur Hetze gegen Migrantinnen und Migranten taugt es nicht.

Cölbe, den 7. Oktober 2023

